

Booster für alle, aber nur mit Anmeldung

Kanton verspricht Termine für Drittimpfung bis Ende Januar – ein Walk-in-Angebot wie in Graubünden ist im Aargau nicht vorgesehen.

Fabian Hägler

Der Kanton meldet am Montag 1690 neue Ansteckungen mit dem Coronavirus über die Festtage. 849 am 24. Dezember, 398 am 25. Dezember und 398 am 26. Dezember. Zum Vergleich: Am Montag vor einer Woche waren es 1754 neue Fälle für das damalige Wochenende.

Am 14. Dezember hatte der Kanton mitgeteilt, dass bisher sechs Fälle der hoch ansteckenden Omikron-Variante im Aargau aufgetreten waren. Für die letzten fünf Tage weist der Kanton keine Mutationen bei den positiven Coronatests aus. Dies heisst aber nicht, dass es keine Omikron-Ansteckungen gegeben hat. «In den täglichen Fallzahlen weisen wir Omikron-Fälle nicht separat aus», sagt Maria Gares, Sprecherin des Gesundheitsdepartements, auf Anfrage.

Im ganzen Dezember seien bisher total 65 Verdachtsfälle der hoch ansteckenden Mutation gezählt worden. «Sequenzierte und damit bestätigte Omikron-Fälle wie auch Omikron-Verdachtsfälle werden uns vom Labor direkt gemeldet», erläutert Gares. Die Zahlen würden sich laufend verändern und der Kanton könne wohl am Mittwoch genauere Angaben zu den Omikron-Infektionen machen.

Omikron: Quarantäne auch für Geimpfte und Genesene

Wegen der Verbreitung der Omikron-Variante haben einige Kantone die Coronamassnahmen

verschärft. So hat die Tessiner Regierung kurz vor Weihnachten entschieden, dass auch doppelt geimpfte Kontaktpersonen von positiv Getesteten in Quarantäne müssen. Im Aargau gilt dies nur für Leute, die engen Kontakt mit einer omikron-positiven Person hatten. Ist dies der Fall, müssen auch Genesene und Geimpfte für zehn Tage in Quarantäne. «Es besteht jedoch die Möglichkeit einer verkürzten Quarantänedauer mit einem zusätzlichen PCR-Test / Antigen-Schnelltest nach sieben Tagen», sagt Gares. Der Kanton halte sich an die Vorgaben des Bundesamtes für Gesundheit, die seit Anfang Dezember gelten. «Zudem werden die Omikron-Verdachtsfälle speziell durch das Contact Tracing Center verfolgt», ergänzt Gares.

Kanton Aargau will keine Silvesterpartys verbieten

Wie die «NZZ am Sonntag» berichtete, schlugen in den letzten Tagen einzelne Mitglieder der wissenschaftlichen Taskforce vor, wegen Omikron weitere Massnahmen zu ergreifen. Genannt wurden im Artikel zum Beispiel die Schliessung von Clubs oder die Absage von Silvesterpartys. «Dies ist aktuell kein Thema für den Kanton Aargau», hält die Sprecherin des Gesundheitsdepartements fest.

Hintergrund dürfte die weiterhin hohe, aber zuletzt stabile Zahl der Covid-Patientinnen und Covid-Patienten in den Aargauer Spitälern sein. Kantons-



Boostern bis in die Nacht: Am Kantonsspital Aarau gibt es Termine bis 21.15 Uhr.

Bild: Fabian Hägler

weit waren am Montag 26 der 41 besetzten Intensivbetten mit Covid-19-Patienten belegt – drei mehr als vor den Festtagen. Gesunken ist die Coronabelastung in der allgemeinen Abteilung: Derzeit befinden sich 70 Personen mit Covid-19 auf der Bettenstation, 8 weniger als noch am 23. Dezember.

Infektiologe Christoph Fux hielt nach den ersten Fällen fest, auch gegen Omikron sei die Impfung der beste Schutz. Er empfiehlt allen den Booster, also die dritte Impfdosis, die frühestens vier Monate nach dem zweiten Piks zugelassen ist. Bis-

her wurden 468 130 Personen im Aargau einmal geimpft, 444 010 haben die zweite Impfdosis erhalten und 149 937 haben bereits eine Auffrischimpfung hinter sich.

Nur vereinzelte Booster-Termine im laufenden Jahr

Wer sich noch im laufenden Jahr boostern lassen möchte, muss Glück haben und einen kurzfristig auftauchenden Termin im Anmeldetool des Kantons erwischen. Im Impfzentrum des Spitals Muri war am Montagmittag um 15.30 Uhr noch ein Termin frei, als die AZ die ver-

fügbaren Impfmöglichkeiten am Morgen abfragte. Und im Spital Leuggern gab es Stand Montagmorgen für den 29., 30. und 31. Dezember noch mehrere freie Termine.

Nach dem Mittag waren die Termine vergeben und im laufenden Jahr keine Impfmöglichkeiten mehr vorhanden. Auch im Januar sind viele Daten im Anmeldetool grau, was bedeutet, dass keine Termine verfügbar sind. «Die meisten Termine für Dezember sind gebucht», bestätigt Gares, es würden aber laufend neue Termine aufgeschaltet, vereinzelt sogar noch

dieses Jahr. Boosterimpfungen ohne Anmeldung, wie zum Beispiel in Graubünden, sind im Aargau nicht vorgesehen. Wer den dritten Piks will, benötigt also einen gebuchten Termin. Gares verspricht aber: «Alle Personen, die dies wünschen, werden im Aargau bis Ende Januar einen Termin für eine Auffrischimpfung erhalten.»

50 000 Impfungen pro Woche ab Januar möglich

Die Kapazität ist in den vergangenen Wochen laut Gares laufend erweitert worden. Allein in den Impfzentren könnten ab Anfang Januar rund 50 000 Impfungen pro Woche verabreicht werden. «Dies entspricht einer Verdoppelung der Kapazitäten innert weniger als einem Monat, obwohl sich die zum Ausbau nötige Personalsuche bisweilen schwierig gestaltet». Dazu kämen Arztpraxen und Apotheken, die ihre Kapazitäten ebenfalls stark erhöht hätten.

Mit der Umstellung von sechs auf vier Monate zwischen der zweiten Dosis und der Auffrischimpfung waren im Aargau auf einen Schlag 230 000 Personen zum Boostern berechtigt. Der Kanton habe immer wieder transparent kommuniziert, dass die Nachfrage im Januar 2022 das Angebot kurzzeitig übersteigen werde und es zu Wartezeiten von wenigen Wochen kommen könne. Ab dem 3. Januar kommen 30 Angehörige der Armee in den Impfzentren der Kantonsspitäler zum Einsatz.

Neustart fürs Energiegesetz geht den Grünen viel zu wenig weit

Die Regierung will die Klimaziele mit einer Drei-Säulen-Strategie und ohne Zwang zur Eigenstromproduktion bei Neubauten angehen.

Mathias Küng

Der Kanton schlägt Massnahmen vor, die «wesentlich dazu beitragen, seine energie- und klimapolitischen Ziele zu erreichen», wie es in einer Mitteilung heisst. Sie basieren auf den drei Säulen, die Landammann Stephan Attiger im Interview gestern an dieser Stelle dargelegt hat: Gemeint sind eine schlanke Teilrevision des Energiegesetzes als Gegenvorschlag zur Klimaschutzinitiative, die vom Grossen Rat geforderte Solaroffensive sowie der Ausbau des Förderprogramms Energie im Gebäudebereich insbesondere aufgrund der hohen Nachfrage.

Grüne Forderungen gehen deutlich weiter

Deutlich mehr fordern die Grünen. Sie unterstützen die drei Säulen. Das sei jedoch ungenügend um «Netto-Null bis 2050» zu erreichen, so Grossrat Jonas Fricker in einer Mitteilung. Es brauche Anpassungen in allen drei Säulen, etwa einen konsequenten Heizungsersatz: «Bei Neubauten und beim Ersatz von alten Heizungen sollen fossile Heizungssysteme grundsätzlich nicht mehr eingebaut werden dürfen.» Eine Härtefallregelung

für Spezialfälle sei selbstverständlich. Auch brauche es eine gesetzliche Installationspflicht von PV-Anlagen im Gebäudebereich. Fricker schreibt weiter: «Bleibt es bei diesem mickrigen Kompromiss, werden sich die Grünen einsetzen, dass an den Zielen der Klimaschutzinitiative festgehalten wird.»

«Man muss manchmal mit wenig zufrieden sein», seufzt demgegenüber SP-Co-Fraktionschefin Colette Basler: «Immerhin haben wir uns am Run-

«Es braucht eine gesetzliche Installationspflicht von Photovoltaikanlagen im Gebäudebereich.»



Jonas Fricker
Grossrat Grüne

den Tisch beim kleinsten gemeinsamen Nenner gefunden.» Natürlich brauche es die Solaroffensive und mehr Fördermittel. Gut findet sie, dass die Regierung mit drei Säulen arbeite und ins Energiegesetz nicht zu viel reingepackt wird: «Kombipakete kommen bei den Menschen nicht gut an.» Ob die von der SP mitgetragene Klimaschutzinitiative zurückgezogen wird oder nicht, sei noch zu diskutieren. Basler weist darauf hin, dass dringender Handlungsbedarf

«Was Sinn macht, das tun die Leute. Solarenergie rentiert, das muss man nicht subventionieren.»



Markus Gabriel
Grossrat SVP

besteht und deshalb konsequent die nächsten Schritte realisiert werden müssten.

Nicht wirklich glücklich mit der Vorlage ist auch GLP-Fraktionschefin Barbara Portmann: «Was die Regierung vorhat, ist nicht wirklich ambitioniert, aber wird als mehrheitsfähig erachtet. Immerhin kommen wir einen kleinen Schritt weiter, auch wenn es für die gesetzten Ziele nicht reicht.» Portmann hofft, dass beim neuen Gesetzesanlauf auch der Hauseigentümerverband und die FDP-Wählerbasis zustimmen können: «Die Bestimmung zum Heizungsersatz braucht es als ersten Schritt, aber es reicht noch nicht, um die CO₂-Ziele zu erreichen.»

SVP: Schauen genau, was Heizungsersatz bedeutet

Grossrat Markus Gabriel erinnert daran, dass die SVP-Fraktion die Solaroffensive und das Förderprogramm Energie grossmehrheitlich ablehnte: «Was Sinn macht, machen die Leute sowieso. Solarenergie rechnet sich heute, das muss man nicht subventionieren. Man kann über Steuererleichterungen reden, aber nicht über Subventionen.» Er kann mit der neuen Gesetzesvorlage auf den ersten Blick le-

ben, da sie kein Verbot für fossile Heizungen und keinen Zwang mehr zur Eigenstromerzeugung bei Neubauten bringt: «Da muss man auch mal über den eigenen Schatten springen. Aber wir schauen genau, was Heizungsersatz bedeutet. Entscheiden wird dann die Fraktion.»

«Wir haben den Runden Tisch gefordert», betont FDP-Fraktionschef Silvan Hilfiker: «Mit der Gesetzesrevision mit den Inhalten, die in der letzten Abstimmung nicht bestritten waren, dürften alle etwa gleich unzufrieden sein. Doch ich glaube, dass sie mehrheitsfähig ist.» Wichtig sei, dass sie keine Verbote enthält, dass sie um eine Härtefallregelung ergänzt wurde. Die Heizungsersatzbestimmung sei okay. Er hofft, dass die Vorlage schlank und schnell durchkommt. Ob die FDP für mehr Fördermittel stimmen wird, ist für ihn sehr offen. Er mahnt vor Mitnahmeeffekten und glaubt nicht, dass jemand eine energetisch bessere Heizung dank Subventionen einbaut, «sondern weil er oder sie es für richtig hält».

EVP-Fraktionschef Uriel Seibert begrüsst das Vorgehen mit drei Säulen: «Damit hat ein wichtiger Schritt in die richtige

Richtung eine reelle Chance den politischen Prozess erfolgreich zu durchlaufen und ist eine Umsetzung absehbar.» Das beste energie- und klimapolitische Massnahmenpaket bringe nichts, «wenn es nicht von den Menschen akzeptiert und - dies geht leider zu häufig vergessen - umgesetzt wird.»

Die Mitte: Überzeugt von Mehrheitsfähigkeit

«Wir haben massgeblich zu dieser Lösung beigetragen und sind mit dem einverstanden, was die Regierung vorschlägt», sagt Alfons Paul Kaufmann, Fraktionschef Die Mitte. Es wäre mehr erstrebenswert, sagt er, «aber dieser Zwischenweg erscheint uns richtig. Ich hoffe, dass es beim Energiegesetz keine Volksabstimmung mehr braucht, weil es das Abstimmungsergebnis von 2020 aufnimmt. Es ist mehrheitsfähig.» Auch die Solaroffensive sei richtig. Es brauche aber noch Gesetzesanpassungen auf Bundesebene, damit man auch in Dorfkernen entsprechend handeln kann. Für den überschüssigen Sommerstrom setzt er auf dezentrale Energiespeicher, vor allem auf Umwandlung in Gas, wie Wasserstoff und Helium.